

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. März 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.00 Mark. Postgebühren für den Rest des Monats 1.00 Mark. Einmalige Anzeigen-Gebühr 10 Pfennig.

**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Bedarf berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für außerdem 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 200 Pf., außerhalb 300 Pf., Cierstengeld 50 Pf., Kuponartige Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Verkaufsstelle: Nachrichten Dresden  
 Betriebsredaktion: 25 241  
 Box für Nachbestellungen: 20 011

Verkaufsstelle: Nachrichten Dresden  
 Marienstraße 33/34  
 Druck und Verlag von Siegfried Reichardt in Dresden  
 Postfach-Nummer 1068 Dresden

Raddruck nur mit beidseitiger Curculienanabe („Dresdner Rad“) zulässig. — Unbesetzte Schriftzüge werden nicht aufbewahrt.

## Der Nachtragsetat dem Reichstag zugegangen Scharfe Landtagskritik an dem Haushalt des sächsischen Finanzministers.

### Fast 600 Millionen.

Berlin, 9. März. Der Nachtragsetat für 1927 liegt jetzt auch dem Reichstag vor. Er enthält neben den bereits bekannten großen Posten für die Besoldungsreform, die Liquidationsgeschädigten, die Grenzgebiete, die Sozial- und Kleinrentner, die Unwetterkatastrophen, die Anleiheablösung, die Abfindung von Ländersprüchen und den 7 Millionen Mark zur Abwicklung der Phönixangelegenheit noch zahlreiche kleinere Anforderungen. So werden u. a. die Summen zur Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland um 2,5 Millionen, die Unterstützungen für Reichsflotten im Ausland um 1.045.000 Mark und die Teilbeträge zur Errichtung des Volkshausgebäudes in Anapra um 900.000 Mark erhöht. Als Zuschüsse für Neu- und Erweiterungsbauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden 1,4 Millionen, für die städtische Wirtschaftshilfe 450.000 Mark neuangefordert. Der Beitrag für die Unterhaltung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschlands wird um 750.000 Mark erhöht, als Zuschuß zum Bau eines Studiengebäudes für das deutsche Museum in München werden 200.000 Mark, als Reichszuschuß an den Deutschen Sängerbund für die Teilnahme am Sängerbundesfest in Wien 100.000 Mark, als Kaufzuschuß für das Deutsche Hygienemuseum in Dresden, wie schon gemeldet, weitere 500.000 Mark angefordert.

Zur Verbilligung des Anstufes von Darlehen zur Förderung der Wirtschaft wird ein erster Teilbetrag von 1,5 Millionen Mark angefordert. Der Betrag für die Förderung von Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege wird um 2 Millionen Mark erhöht. Der für die einmalige

Abfindung von Ländersprüchen ausgemerkte Betrag von insgesamt 56 Millionen verteilt sich

wie folgt: 8,54 Millionen für die Verwaltung von Staatsforsten, 22 Millionen für die Benutzung landeseigener Finanzgebäude, 23 Millionen für Zwecke polizeilichen Schutzes und 2,45 Millionen für die Durchführung eines Abkommens mit Preußen über die heimfallpflichtigen Militärgrundstücke. Von den 81 Millionen für die Grenzgebiete entfallen auf Ostpreußen 60 Millionen, auf die westlichen Grenzgebiete 12,5 Millionen, auf den Wohnungsbau im Osten 6 Millionen und auf die Frankeneinsparungen an der Saargrenze 2,5 Millionen.

Der Nachtragsetat ermächtigt ferner den Reichsfinanzminister, die Garantie dafür zu übernehmen, daß für einen Betrag von 225 Millionen Goldmark Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bzw. für die darüber auszugebenden Zertifikate eine Dividende von 7 Prozent jährlich gezahlt wird, ferner zur Rationalisierung industrieller Betriebe im gefährdeten Grenzgebiet Garantien bis 12 Millionen Reichsmark übernehmen werden.

Der Nachtragsetat schließt mit 591,4 Millionen, nach den Beschlüssen des Reichsrats mit 588,9 Millionen.

Der Reichsrat hatte den Anlaß zur Einbringung der Unwetterkatastrophe um 3,5 Millionen erhöht und einen neuen Ausgabeposten von 4 Millionen zur Behebung der Notlage kleiner Binnenflüsse eingefügt. Die Reichsregierung erklärte dazu, daß sie sich diesen Veränderungen nicht anschließen könne. In beiden Fällen würden die Mittel an die Länder zu verteilen sein und von ihnen verwaltet werden. Hinsichtlich der Unwetterkatastrophe hält die Reichsregierung die Aktion, die das Reich im Hinblick auf die Größe des Schadens besonders in Sachsen aus seinen Mitteln unterstützt hat, für abschließend. Eine Erhöhung der Fonds würde zu schwierigen Verhandlungen mit den Ländern führen und bringe die Gefahr einer Vermischung der Grenze zwischen Katastrophen und sonstigen Unwetter Schäden.

### Kampf um die Führerschaft.

Berlin, 9. März. Im Zentrum wird augenblicklich lebhaft um die Führung gerungen. Den christlichen Gewerkschaften ist schon seit geraumer Zeit eine noch härtere Berücksichtigung zugesagt worden, und augenblicklich sind Behreibungen im Gange, die darauf abzielen, den prominentesten Vertreter dieser Gruppe der Zentrumswähler, Adam Stegerwald, zum Führer der Gesamtpartei zu machen. Dr. Marx dürfte aus Gesundheitsrücksichten kaum auf diesem Posten bleiben. Sein Nachfolger wird dann voraussichtlich Stegerwald sein, der allerdings mit Gurrard einen internen Kampf um diesen Posten durchzuführen muß.

Die Aussichten für Stegerwald sollen insofern gut sein, als ihn nicht nur die Gewerkschaftsvertreter, sondern auch der gesamte rechte Flügel des Zentrums unterstützen dürfte. Von besonders gutunterrichteter Seite erfahren wir noch, daß dieser rechte Flügel aller Voraussicht nach härter aus den Wahlen hervorgehen wird, als man auf der Linken bisher annehmen wollte.

Ferner hören wir, daß kurzzeit auch innerhalb der Deutschnationalen Partei Verhandlungen im Gange sind, die bezwecken, den Vorstehenden des Altsächsischen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, an die Spitze der Reichsliste zu stellen. Außer ihm sollen Staatsminister von Esbell und der Freiherr von Gahl an sicherer Stelle kandidieren. Wie wir hören, ist die Kandidatur Claß aus Altsächsischen Kreisen auf das dringendste gefordert worden. Die Deutschnationalen Volkspartei hat ihr zugestimmt, um von vornherein die Gefahr einer etwaigen konservativen Sezession zu vermeiden. Auf der anderen Seite dürften allerdings die christlich-sozialen Kreise der Partei gegen diese Kandidaturen Widerstand erheben.

### Zentrumsrichtlinien zur Reichsreform.

Föderalismus, Aufrechterhaltung der Kulturzentren, Ausgleich zwischen Reich und Preußen.

Berlin, 9. März. Die gestern vom Parteivorstand des Zentrums abgebilligten Richtlinien zu dem Problem Reich und Länder sprechen sich für eine Veränderung des derzeitigen Verhältnisses von Reich und Ländern aus, die auf dem Wege organischer Fortentwicklung erfolgen müsse. Gewalttätige eingetragene Eingriffe seien abzulehnen. Entsprechend dem Programm der Zentrumspartei erstrebe die Partei die Verwirklichung eines echten Föderativstaates, der auf wirklich lebensfähigen Ländern aufbaue. Ein schematischer Einheitsstaat würde eine Vertiefung herbeiführen.

Die Richtlinien befassen sich dann mit dem Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich und erklären eine Wiederherstellung der alten preussischen Hegemonie für unmöglich, desgleichen eine verschiebte Rückkehr zur alten Hegemoniestellung Preußens durch seine Verreichlichung. Auch eine Verschlagung Preußens müsse abgelehnt werden. Praktisch möglich sei zunächst nur der Weg, durch Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Reichs- und preussischer Staatsgewalt Reibungen zu vermeiden, und auf gemeinsame Arbeit in der Verwaltungsvereinfachung hinzuwirken. Erste Vorbedingung hierfür sei die energische Inangriffnahme einer Verwaltungsreform in Preußen.

Unter dieser Voraussetzung könnten Länder, die zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben dauernd unabhängig sind, nicht grundsätzlich aufrechterhalten werden. Dagegen müßten an sich lebensfähige Länder zur Erfüllung ihrer eigenstaatlichen und gemeindeutschen Aufgaben erhalten bleiben. Diese Forderung müsse um so mehr betont werden, als die Erhaltung der Kulturzentren in den verschiedenen Ländern außerhalb Berlins ein wesentliches Merkmal der geistigen und kulturellen Weltung Deutschlands sei. Eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden müsse mit größtmöglicher Beschleunigung erfolgen, um dann eine endgültige Steuerreform bzw. Gesamtfinanzgebarung mit verantwortlicher finanzieller Verantwortlichkeit aller Beteiligten aufzubauen. Die gesamten vorgenannten Fragen müßten in größter Konsultation zwischen Reich und Ländern gelöst werden. Insbesondere seien Versuche, auf dem Wege der Verfassungsänderung die Vorkämpfer der Länder zu beschränken, abzulehnen.

Berlin, 9. März. Der Parteivorstand des Zentrums setzte heute im Reichstage seine Verhandlungen fort.

Ein Altsozialist im Preussischen Landtage. Der sozialdemokratische Abgeordnete im Preussischen Landtage Kaller (Anklam) ist zur A. S. P. D. übergetreten. Damit hat nun diese Partei auch im Preussischen Landtage einen Vertreter.

### Protest der Korjantij-Partei gegen den Wahlterror.

Kattowitz, 9. März. Der Hauptvorstand des schlesischen katholischen Volksbundes (Korjantijpartei) hat an den Vorsitzenden der Wahlkommission für den Wahlkreis 39 (Kattowitz) ein Schreiben gerichtet, in welchem er gegen die beim nächsten Verwaltungsverfahren eine Entscheidung beantragt werden wird. Der Einspruch wird damit begründet, daß die Wahl unter einem scharfen Terror stattgefunden habe. (W. T. B.)

## Chamberlains Vorschläge zum Optantenkonflikt.

### Ergänzung des Schiedsgerichts durch zwei Neutrale.

Berlin, 9. März. Der Völkerbundsrat hat heute vormittag in öffentlicher Sitzung die Beratung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites fortgesetzt. Chamberlain als Berichterstatter fasste die gestrigen Ausführungen der Vertreter der beiden Parteien dahin zusammen, daß die Vorschläge des Rates für eine gütliche Beilegung des Streites seinen Erfolg hatten, weil Ungarn, obwohl zu einer Transaktion bereit, die Anerkennung der drei Grundzüge des Rates als unannehmbar ablehnte und weil Rumänien, das diese Grundzüge annahm, ihre vorherige Annahme auch durch Ungarn als Voraussetzung für die Aufnahme von Kompromißverhandlungen verlangte. Damit sei eigentlich seine Aufgabe als Berichterstatter im Sinne einer Beilegung des Konfliktes erledigt. Er glaube aber auch heute noch, daß eine Lösung gefunden werden könne, sei sich aber bewußt, daß der Rat sich nur an den guten Willen der beiden Parteien wenden, ihnen aber keine Pflichten auzwingen könne. Die von Ungarn vorgeschlagene Ernennung der rumänischen Richter allein stelle keine Lösung dar. Für diesen Fall sehe er voraus, daß der seit 1923 schwebende Streitfall die Beziehungen zwischen den beiden Parteien immer weiter veräufere, wodurch inmitten Europas eine Wunde zurückbleiben würde, die eine dauernde Gefahr für den Frieden Europas wäre.

Chamberlain knüpfte an diese Gedanken einen feierlichen Appell an die beiden Parteien, endlich einen Weg zur Lösung finden zu wollen. Als solchen Weg schlug er vor, daß der Rat das durch den Vertrag von Trianon geschaffene nemische ungarisch-rumänische Schiedsgericht, in dem der von der rumänischen Regierung zurückgezogene Richter keine Arbeit wieder anzunehmen hätte, durch zwei neutrale Persönlichkeiten ergänze. Von diesem zu erweiterten Schiedsgericht soll die auf Grund des Artikel 250 des Vertrages von Trianon anhängige gemachte Klage in Anwendung der rumänischen Agrarreform enteigneten ungarischen Optanten entschieden werden. Chamberlain richtete an die Ratmitglieder die Bitte, sich an seinem Vorschlag zu äußern.

### Briand

unterstrich sodann, daß er keinen Anlaß sehe, eine Verantwortlichkeit in dieser Angelegenheit nicht vor aller Öffentlichkeit auf sich zu nehmen und erklärte, zum Grafen Apponyi gewandt, daß der Rat in Erfüllung seiner Aufgabe, den Frieden aufrechtzuerhalten, Legitimation habe, in einer so heißen Angelegenheit eine Lösung zu suchen. Auch sei entgegen der vom Grafen Apponyi geltend entwickelten Auffassung im Völkerbund die rechtliche Gleichheit der kleinen und großen Staaten verwirklicht. Eine Lösung könne sehr wohl, auch ohne den Grundlag der Schiedsgerichtsbarkeit anzutreten, gefunden werden, wenn nur beide Parteien sich über die engeren Interessen ihrer Länder erheben und den Solidaritätsgedanken des Völkerbundes beherzigen würden.

Diese Bewegung von Schwierigkeiten zwischen den Völkern, fuhr Briand fort, schaffe neue Kriegseier. Wenn man von den Höhen der absoluten juristischen Theorien, wie

sie gestern von beiden Seiten entwickelt wurden, herentretet, wie das zur Auffindung einer praktischen Lösungsmöglichkeit immer notwendig ist, so muß ich sagen, daß der von Chamberlain gemachte Vorschlag die Theorien beider Parteien in sich vereint, daß er keinen verletzt und insbesondere den Grundlag der Schiedsgerichtsbarkeit aufrecht erhält. Der englische Vorschlag zeigt den Weg, wie man zu der wünschenswerten Transaktion gelangen könnte, weshalb ich ihm vollkommen zustimme. Nach einem nochmaligen Hinweis auf die besondere Verantwortlichkeit der beiden Parteien, in deren Hand es liege, eine dauernde Konfliktsdrohung zu beseitigen, schloß Briand mit einem feierlichen Appell an Rumänien und Ungarn, sie möchten im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens den Vorschlag Chamberlains annehmen.

### Scialoja

gab die kurze Erklärung ab, er habe noch die Hoffnung, daß die beiden Parteien zu einer direkten Verständigung kommen und daß der Vorschlag Chamberlains angenommen werden würde.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

gab seiner Befriedigung über den Vorschlag Chamberlains Ausdruck, durch den bewiesen sei, daß der Rat in dieser schwierigen Angelegenheit nicht zu einem Non possumus gelangt sei. Stresemann erklärte, er hätte, selbst wenn der Chamberlainische Vorschlag nicht erfolgt wäre, beabsichtigt, die Verweisung an den Haager Gerichtshof zu beantragen. Weiter ging Dr. Stresemann auf die grundsätzliche Frage ein,

ob für die Verweisung einer Angelegenheit an den Haager Gerichtshof die Einstimmigkeit oder nur ein Mehrheitsbeschluss des Rates notwendig sei. Diese Frage könne auf die Dauer nicht ungelöst bleiben.

Werde der Gedanke der internationalen Gerichtsbarkeit erhärtet, so würde das die Erhaltung des Grundgedankens des Völkerbundes, der Verhütung von Kriegen und der Abrüstung, bedeuten. Stresemann erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß bereits Friedrich der Große entschieden nach einem internationalen Gerichtshof verlangt. Darüber hinaus handele es sich heute darum, ob die Probleme der Nachkriegszeit vom Völkerbund gelöst werden können, ohne ein unter der Ähre fortglühendes Feuer zu hinterlassen. Wenn man heute erkläre, daß die Entwicklung der internationalen Streitlichtung zu langsame Fortschritte mache, so sei das undenkbar. Wie in bürgerlichen Streitigkeiten könne auch im internationalen Leben die Lösung oft lange auf sich warten lassen. Das sei kein Bankrott des Völkerbundes.

Nachdem sämtliche am vorliegenden Streitfall nicht beteiligten Ratmitglieder in kurzen Worten ihre Zustimmung zum Vorschlag Chamberlains erklärt hatten, betonte der Ratvorsitzende, daß durch diesen Vorschlag die Prinzipien der internationalen Gerichtsbarkeit als Grundlagen der modernen internationalen Beziehungen gewahrt seien und forderte beide Parteien auf, ihre Zustimmung zu erklären. Chamberlain brachte hierauf seinen Vorschlag formell als Antrag ein. — In der heutigen Nachmittagsitzung sollen die Parteien ihre Stellungnahme hierzu bekunden.